

Irene Amstutz Leiterin	Peter Merian-Weg 6 Postfach CH-4002 Basel	Tel. +41 (0)61 267 32 02 irene.amstutz@unibas.ch www.wirtschaftsarchiv.ch
---------------------------	---	---

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
Vorsteherin  
Frau BR Simonetta Sommaruga  
[Revision\\_URG@ipi.ch](mailto:Revision_URG@ipi.ch)

Basel, den 10. März 2016

## **Vernehmlassung zum Urheberrechtsgesetz (URG)**

### **Sehr geehrte Frau Bundesrätin**

Wir nehmen gerne die Gelegenheit wahr, uns im Rahmen der Vernehmlassung zur Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) zu äussern. Grundsätzlich sind wir erfreut, dass der Bundesrat das URG einer Teilrevision unterzieht und damit das Gesetz erneut ansatzweise dem digitalen Wandel anzupassen versucht. Als Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, welches den Auftrag hat, private Wirtschaftsarchive langfristig zu sichern und die Wirtschaft über Publikationen zu dokumentieren sowie seine Bestände der Öffentlichkeit und der Forschung zur Verfügung zu stellen, sind wir weitgehend zufrieden, dass der Bundesrat aus Nutzersicht neue Schrankenregelungen vorschlägt, die die Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken besser ermöglichen, insbesondere auch im Internetzeitalter. Damit soll einem wichtigen Anliegen des Gesetzes, nämlich dem Ausgleich der Interessen von Werkschöpfern und Werknutzern, einmal mehr Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass kulturelle Gedächtnisinstitutionen als nicht kommerzielle Nutzerinnen bzw. Vermittlerinnen von Werken für die Gesellschaft, aber vor allem auch für die Urheber selber, einen grossen Mehrwert erbringen, indem sie Zugang, Verbreitung und Erhaltung von Wissen, Kultur und Information sicherstellen, ihre Interessen sind daher besonders schützenswert. Zu den Kritikpunkten und den Details der vorgeschlagenen Änderungen verweisen wir auf die Erläuterungen weiter unten.

Vorne weg möchten wir anmerken, dass aus Nutzersicht der Bundesrat zwei wesentliche Chancen allerdings im vorliegenden Entwurf nicht wahrgenommen hat. Einerseits wäre es im „globalen Zeitalter“ dringend erforderlich, dass die **grenzüberschreitende Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken** durch das URG nicht eingeschränkt wird.

Im Vergleich dazu verfolgt die Europäische Kommission die Strategie des „**Digital Single Market**“ für die gesamte EU (vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-6261\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6261_en.htm)). Dieser Entwicklung sollte sich die Schweiz nicht verschliessen, sonst droht ihr im Bereich der Wissens- und Kulturvermittlung die Perspektive ins Abseits zu geraten. Im Weiteren hat der Bundesrat, trotz mehrfachem Wunsch von Seiten der Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Aufnahme eines **sog. Unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts** noch nicht entsprochen.

## **Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs**

### **Art. 5 Abs. 1 lit. c E-URG Nicht geschützte Werke**

➤ ***Wir fordern eine Präzisierung und die Einführung eines Erlaubnistatbestands für die Publikation von Archivgut, damit Archive ihre rechtsstaatliche Funktion vollständig erfüllen können.***

Archive erfüllen einen gesetzlichen Auftrag und damit eine rechtsstaatlich wesentliche Funktion, indem sie den grundrechtlichen Anspruch auf Nachvollziehbarkeit und Transparenz im Verwaltungshandeln gewährleisten. Das Urheberrecht darf den Zugang zu Archivgut weder einschränken noch besondere Kosten verursachen. Darüber hinaus besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse daran, alle archivierten Informationen urheberrechtsfrei und im Rahmen der für Archive geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbreiten bzw. zur freien Weiternutzung zugänglich machen zu können. Zugang zu Archivgut umfasst nicht nur die Verbreitung, Publikation und Einsicht, sondern auch die damit verbundene freie Weiternutzung der Unterlagen durch die Einsichtnehmenden. Damit Archive ihre rechtsstaatliche Funktion vollständig erfüllen können, braucht es eine Regelung für Archivgut in Art. 5 URG als nicht geschützte Werke. In den Erläuterungen wird der Wortlaut des Art. 5 Abs. 1 lit. c URG richtigerweise dahingehend präzisiert, dass auch Unterlagen, die nicht von Behörden erstellt wurden, aber in die behördlichen Unterlagen integriert worden sind, urheberrechtsfrei sind (vgl. Erläuternder Bericht, S. 57). Dies sollte bereits aus dem Gesetzestext selbst ersichtlich sein, weshalb wir folgende Präzisierung vorschlagen:

*Art. 5 lit. c URG*

*Unterlagen, wie Entscheidungen, Protokolle und Berichte, von Behörden und öffentlichen Verwaltungen sowie deren Grundlagen.*

Weiter begrüssen wir im Grundsatz den Vorschlag (der Anpassung von Art. 9 Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) (vgl. E-URG, Änderung anderer Erlasse, Ziff. 5 bzw. erläuternder Bericht Ziff. 2.5.)), der darauf abzielt, urheberrechtlich geschütztes Archivgut in zeitgemässer Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Allerdings darf dieser Erlaubnistatbestand nicht bloss auf das Bundesarchiv beschränkt sein, sondern muss für alle staatlichen Archive und öffentlich zugänglichen Archive gelten, weshalb wir die Verankerung dieses Grundsatzes direkt im URG z.B. in einer neuen lit. e des Art. 5 URG fordern:

*Art. 5 lit. e URG*

*Staatliche Archive und öffentlich zugängliche Archive dürfen Werke, die sich in ihrem Archivgut befinden und an denen Urheberrechte Dritter bestehen, vervielfältigen, verbreiten und mit irgendwelchen Mitteln so zugänglich machen, dass Personen von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl dazu Zugang haben.*

### **Art. 13 E-URG Vermieten und Verleihen von Werkexemplaren**

➤ ***Wir lehnen die Einführung eines zusätzlichen Verleihrechts (sog. Bibliothekstantieme) nach Art. 13 Abs. 1 E-URG ab.***

Wir lehnen eine zusätzliche Vergütung auf das Verleihen von Werkexemplaren dezidiert ab. Bereits in der Vergangenheit haben die Autorenverbände eine solche Bibliothekstantieme gefordert, welche aber mehrfach vom Parlament abgelehnt wurde. Die vorgesehene Bibliothekstantieme bringt einen grossen finanziellen und

Irene Amstutz	Peter Merian-Weg 6	Tel. +41 (0)61 267 32 02
Leiterin	Postfach	irene.amstutz@unibas.ch
	CH-4002 Basel	www.wirtschaftsarchiv.ch

administrativen Mehraufwand für Bibliotheken und andere Institutionen, wie beispielsweise Archive und Bildungseinrichtungen. Dabei ist noch vollkommen unklar, wie gross die finanzielle Mehrbelastung sein wird. Die Bibliotheken befürchten allerdings schmerzhaftes Vergütungsansprüche der Verwertungsgesellschaften. Wie im erläuternden Bericht des Bundesrates zur Gesetzesrevision nüchtern festgehalten wird, werden durch die Bibliothekstantieme die Budgets der Bibliotheken belastet werden, auch wenn die Befürworter der Tantieme dies bestreiten. In Zeiten von Sparmassnahmen und kleiner werdenden kantonalen und kommunalen Budgets wird die öffentliche Hand für diese zusätzliche Mehrbelastung jedenfalls nicht aufkommen. Eine solche zusätzliche Belastung der Bibliotheksbudgets erschwert den Bibliotheken die Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags, der Allgemeinheit kostengünstigen und möglichst umfassenden Zugang zu Information, Wissen und Kultur zu verschaffen. Dabei ist anzumerken, dass das Ziel des vorliegenden Vorschlags eigentlich die schweizerische Literaturförderung ist – dazu ist jedoch das URG nicht der richtige Ort. Zudem würde in der Praxis der grösste Teil der Einnahmen aus der Bibliothekstantieme ausländischen Autoren zugutekommen, da der überwiegende Teil der Werke in den Bibliotheken aus dem Ausland stammt.

Sollte der Art. 13 E-URG entgegen unserer Forderung dennoch ins revidierte URG aufgenommen werden, ist bezüglich der Ausgestaltung des Art. 13 E-URG noch folgende Anmerkung zu machen:

Bezüglich der Nutzungshandlungen ist der Entwurf viel zu umfassend. Neben dem Vermieten und Verleihen ist noch das „sonst wie zur Verfügung stellen“ erwähnt. Dies könnte so ausgelegt werden, dass beispielsweise das Nutzen der Präsenzbestände in den Bibliotheken oder das Vorlegen von unikatem Archivgut in Sonderlesesälen ebenfalls unter die Bibliothekstantieme fallen würde.

### **Art. 22b E-URG Verwendung von verwaisten Werken**

➤ ***Wir begrüssen die neue Regelung zum Umgang mit verwaisten Werken ausdrücklich. Wir empfehlen aber eine Registerpflicht für verwaiste Werke durch die Verwertungsgesellschaften, lehnen einen Erlaubnisvorbehalt durch diese jedoch ab.***

Die Neufassung des Art. 22 b E-URG wird von uns ausdrücklich begrüsst. Sie bietet den genannten Gedächtnisinstitutionen eine gute Grundlage für die dauerhafte Erhaltung und Erschliessung von Werken für das kollektive Gedächtnis. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass die vorgeschlagene Regelung auf alle verwaisten Werke unabhängig vom Träger einheitlich anwendbar sein soll. Damit gibt das URG diesen Institutionen ein wichtiges Instrumentarium für die Sicherung auch jener Medien, die, obwohl die jüngsten, am stärksten durch den technischen Fortschritt bedroht sind, die Digitalisate.

Erfreulich ist im Weiteren, dass auch sog. eingebettete Werke innerhalb verwaister Werke von der Regelung erfasst sind und dass bei einem Statusverlust als verwaistes Werk, dieser nur für die Zukunft gelten wird, die nutzenden Institutionen also vor rückwirkenden Vergütungen an die Urheber befreit sind.

Wir sind davon überzeugt, dass dies im Interesse der betroffenen Urheber und deren Rechtsnachfolger ist, da sie gerade durch die Verwendung der Werke in die Lage versetzt werden, deren Urheberschaft zu entdecken und wieder für sich zu beanspruchen.

Allerdings ist der Rechercheaufwand für die Nutzer erheblich. Dieser könnte reduziert werden, wenn die Verwertungsgesellschaften Datenbanken mit den als verwaist geltenden Werken führen. Wir schlagen daher die Einfügung des folgenden Absatzes 5 für Art. 22b E-URG vor:

*„Die Verwertungsgesellschaften führen und veröffentlichen Verzeichnisse, in denen sie diejenigen Werke aufnehmen, die als verwaist gelten.“*

Kritisch beurteilen wir den Erlaubnisvorbehalt der Verwertungsgesellschaften nach Art. 22b Abs. 1 lit. c E-URG, galt doch bisher nur eine Meldepflicht für Nutzungen. Wir sind klar der Überzeugung, dass eine Ge-

nehmungspflicht durch die Verwertungsgesellschaften weder für die Urheber noch für die Nutzenden einen Mehrwert erzeugt und schlagen darum vor, anstelle des Erlaubnisvorbehaltes eine Meldepflicht vorzusehen.

Im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Regelung möchten wir darauf hinweisen, dass es eine weitere Problemstellung bei vergriffenen Werken gibt, sofern der Urheber dem Verleger die Rechte an seinem Werk vollumfänglich übertragen hat und sich der Verleger aufgrund der dispositiven Natur von Art. 382 Abs. 1 OR die Verfügungsmacht auch bezüglich einem allfällig vergriffenen Werk vorbehalten hat. Deshalb schlagen wir vor zu prüfen, ob die entsprechende Bestimmung nach **Art. 382 Abs. 1 OR zwingend ausgestaltet** werden könnte, damit im konkreten Fall, ein vergriffenes Werk durch seinen Urheber trotz umfassender Übertragung der Rechte an den Verleger, weiterverwendet, beispielsweise online zugänglich gemacht werden kann. Bezüglich der detaillierten Ausgestaltung des Art. 382 OR im Falle wissenschaftlicher Werke verweisen wir auf die weiter unten formulierte Forderung nach einem unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht.

#### **Erweiterter Kreis der Gedächtnisinstitutionen in Art. 24 Abs. 1bis E-URG, Art. 24e E-URG sowie Art. 22b E-URG**

➤ ***Wir begrüssen die Ausweitung des Art. 24 Abs. 1bis E-URG auf den Kreis aller Gedächtnisinstitutionen.***

Die Erweiterung des Kreises der Gedächtnisinstitutionen im bestehenden Art. 24 Abs. 1<sup>bis</sup> E-URG von „öffentlich zugänglich“ auf „öffentliche sowie öffentlich zugängliche“ Bibliotheken, Bildungseinrichtungen, Museen, Sammlungen und Archive und damit die Harmonisierung mit Art. 24e E-URG sowie Art. 22b E-URG wird von uns ausdrücklich begrüsst. So wird anerkannt, dass diese Institutionen auch dann wichtige und wertvolle Beiträge zur Erhaltung unseres kulturellen Erbes leisten, wenn die einzelnen Werkexemplare nicht ständig der Öffentlichkeit zugänglich sind. Diese erhaltenswerten, jedoch teilweise kaum bekannten Bestände gilt es zu sichern und die Erschliessung durch die Wissenschaft sowie die Vermittlung zu ermöglichen.

#### **Art. 24d E-URG Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken**

➤ ***Wir begrüssen grundsätzlich die neue sog. Wissenschaftsschranke, lehnen allerdings eine Vergütungspflicht ab.***

Der Bundesrat anerkennt, dass es spezifische Regelungen zugunsten der Wissenschaft braucht und schreibt entsprechend im erläuternden Bericht zum Gesetzesentwurf, dass das „Vervielfältigungsrecht des URG [...] in der Forschung unerwünschte Barrieren“ verursache. Nach geltendem URG ist das Text and Data Mining (TDM) nicht in jedem Fall erlaubt, weshalb eine neue gesetzliche Schrankenregelung aus Sicht der Wissenschaft und Forschung sehr begrüsst wird.

Problematisch aus unserer Sicht ist, dass die vorgeschlagene Schranke gemäss Art. 24d Abs. 2 E-URG mit einer Vergütung einhergehen soll, was die betroffenen Institutionen aus mehreren Gründen ablehnen: Mit öffentlichen Geldern werden heute schon die Forschung sowie die Verbreitung ihrer Ergebnisse grösstenteils finanziert, und die Bibliotheken müssen die Lizenzen für wissenschaftliche Datenbanken, e-journals und andere elektronische Medien bezahlen (ausser die entsprechenden Werke sind Open Access). Eine zusätzliche Vergütung für die Nutzung von Texten im Rahmen von TDM würde eine weitere Belastung der öffentlichen Hand im wissenschaftlichen Publikationsbereich bedeuten (sog. triple-dip). Wir weisen darauf hin, dass die entsprechende Schranke im anglo-amerikanischen Rechtskreis (dort als sog. fair use und fair dealing

Irene Amstutz	Peter Merian-Weg 6	Tel. +41 (0)61 267 32 02
Leiterin	Postfach	irene.amstutz@unibas.ch
	CH-4002 Basel	www.wirtschaftsarchiv.ch

bezeichnet) vergütungsfrei ist. Eine Vergütungspflicht für die Verwendung von Werken zu wissenschaftlichen Zwecken würde daher den Wissenschafts- und Forschungsstandort Schweiz im Vergleich mit dem Ausland benachteiligen. Wir bezweifeln zudem, dass in Zeiten von „Big Data“ eine gerechte Verteilung der Einnahmen an eine unüberschaubare Anzahl von berechtigten Urhebern überhaupt praktikabel ist.

### **Art.24e E-URG Bestandesverzeichnisse**

➤ ***Wir begrüßen die neue Schrankenregelung von Art. 24e E-URG Bestandesverzeichnis vollumfänglich und schlagen darüber hinaus eine noch etwas weitergehende Regelung vor.***

Dass die von der AGUR12 empfohlene Vorschrift zum Bestandesverzeichnis Eingang in den Entwurf des Bundesrats gefunden hat, ist sehr erfreulich. Die Wiedergabe der im Bestand von Gedächtnisinstitutionen vorhandenen Werkexemplare in Bestandsverzeichnissen stellt einen wertvollen Beitrag zu der in der Kulturbotschaft des Bundes geforderten kulturellen Teilhabe breiter Bevölkerungskreise dar. Es ist aus Sicht des Urheberrechtsschutzes verständlich und nachvollziehbar, dass die „normale Auswertung“ der Werke nicht beeinträchtigt werden darf; dennoch plädieren wir dafür, dass in Analogie zur Fotografie, auch bei audiovisuellen Dokumenten das „gesamte Dokument“, aber in stark reduzierte Auflösung für nicht wirtschaftliche und kommerzielle Zwecke zugunsten der kulturellen Teilhabe zugänglich gemacht werden darf.

*Art. 24e Bestandesverzeichnisse. 1 Öffentliche sowie öffentlich zugängliche Bibliotheken, Bildungsreinrichtungen, Museen, Sammlungen und Archive dürfen in den zur Erschliessung und Vermittlung ihrer Bestände nützlichen Verzeichnissen, die Werke als Auszug bzw. in stark reduzierter Auflösung/reduziertem Format wiedergeben, sofern dadurch die normale Auswertung der Werke nicht beeinträchtigt wird.*

*Art. 24e Bestandesverzeichnisse ... 2 b)3. Ein Ausschnitt in reduzierter Auflösung oder reduziertem Format.*

Wir schliessen uns zudem der Forderung von Memoria.v an, verbesserte Möglichkeiten des Zugangs zu Werken zu schaffen, die mit öffentlichen Mitteln erhalten wurden.

*Art. 24 Archivierungs- und Sicherungsexemplare ... 1bis Öffentliche sowie öffentlich zugängliche Bibliotheken, Bildungsreinrichtungen, Museen, Sammlungen und Archive dürfen die zur Sicherung und Erhaltung ihrer Bestände notwendigen Werkexemplare herstellen und öffentlich zugänglich machen, sofern damit kein wirtschaftlicher oder kommerzieller Zweck verfolgt wird und die normale Auswertung des Werks nicht beeinträchtigt wird.*

### **Art. 37a E-URG Rechte des Herstellers oder der Herstellerin von Pressefotografien**

➤ ***Ein neues Leistungsschutzrecht für Pressefotografen lehnen wir grundsätzlich ab.***

Fotografien sind, sofern sie unter Art. 2 URG fallen geschützte Werke. Ein darüberhinausgehender Leistungsschutz speziell für Pressefotografien ins URG aufzunehmen, drängt sich unserer Meinung nach nicht auf. Art. 37a Abs. 2 E-URG bringt im Weiteren keine Klärung bezüglich der Abgrenzung von geschützten

Irene Amstutz Leiterin	Peter Merian-Weg 6 Postfach CH-4002 Basel	Tel. +41 (0)61 267 32 02 irene.amstutz@unibas.ch www.wirtschaftsarchiv.ch
---------------------------	---	---

und nicht geschützten Fotografien. Die unautorisierte Verwendung von Presse- und anderen Fotografien ist zudem bereits durch Art. 5 UWG geschützt.

#### **Art. 43a E-URG Freiwillige Kollektivverwertung**

➤ ***Wir begrüssen die neue Möglichkeit der freiwilligen Kollektivverwertung nach Art. 43a E-URG.***

Grundsätzlich begrüssen wir die neue Möglichkeit, als Nutzende mit den Verwertungsgesellschaften Verträge über die Nutzung von umfangreichen Beständen abschliessen zu können, und dies selbst dann, wenn sich Werke von Rechteinhabern darunter befinden, die keiner Verwertungsgesellschaft angeschlossen sind. Dies ermöglicht optimal Massendigitalisierungsprojekte von Beständen, ohne dass die Nutzer aufwändig die Rechte an den einzelnen Werken abklären müssen.

Aus Nutzersicht ist allerdings die Formulierung von Art. 43a E-URG nicht ganz zufriedenstellend, da nicht konkret umschrieben wird, was erlaubt ist. Somit ist fraglich, ob die freiwillige Kollektivverwertung auch tatsächlich zur Anwendung kommen wird, zumal diese auch nur gegen Vergütung erteilt und die Höhe der Vergütung nicht zwingend über gemeinsame Tarife festgelegt werden muss, sondern der Vertragsfreiheit unterliegt. Es wird sich zeigen, ob die Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (ESchK) ihre Angemessenheitsprüfung im Sinne der kulturellen Gedächtnisinstitutionen und ihrer Nutzer ausüben wird.

#### **Art. 48 Abs. 1 und 1<sup>bis</sup> E-URG**

➤ ***Wir begrüssen die Prüfung der Verteilungsreglemente auf Angemessenheit durch das IGE***

#### **Art. 51 Abs. 1<sup>bis</sup> und 1<sup>ter</sup> E-URG**

➤ ***Wir lehnen weitere Mehraufwände administrativer und finanzieller Art im Zusammenhang mit der in Art. 51 Abs. 1<sup>bis</sup> E-URG vorgesehenen Datenlieferung an die Verwertungsgesellschaften ab.***

Aus Nutzersicht befürchten wir mit dieser Regelung zusätzliche und nicht abschätzbare administrative und finanzielle Mehraufwände. Die Verwertungsgesellschaften können auch ohne Gesetzesänderung, im eigenen Interesse, den Nutzern entsprechende Tools zur elektronischen Datenübermittlung zur Verfügung stellen. Alternativ schlagen wir vor, dass die Verwertungsgesellschaften ihre Daten, wie Werk- und Urheberdaten, zur vereinfachten Recherche und Abrechnung in elektronischer Form den Nutzern zur Verfügung stellen.

#### **Art. 41 & 53 Abs. 1 E-URG Bundesaufsicht**

➤ ***Wir begrüssen die Erweiterung der Bundesaufsicht und fordern die explizite Unterstellung der Verwertungsgesellschaften unter den Geltungsbereich des Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ)***

Wir begrüssen grundsätzlich die Präzisierung und Erweiterung der Bundesaufsicht über die Verwertungsgesellschaften. Gleichzeitig fordern wir eine explizite Unterstellung der Verwertungsgesellschaften unter den



Irene Amstutz	Peter Merian-Weg 6	Tel. +41 (0)61 267 32 02
Leiterin	Postfach	irene.amstutz@unibas.ch
	CH-4002 Basel	www.wirtschaftsarchiv.ch

Geltungsbereich des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ). Entsprechend müsste in Art. 2 BGÖ ein Absatz d. ergänzt werden:

*d. Verwertungsgesellschaften, die gemäss Art. 40 URG bewilligungspflichtig sind*

## **zusätzliche Forderungen**

### **Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht**

➤ ***Wir unterstützen, im Sinne der Wissenschaft und Forschung die Einführung eines gesetzlich geregelten Zweitveröffentlichungsrechts für wissenschaftliche Werke, die von der öffentlichen Hand gefördert wurden.***

Die Open Access-Strategien der Universitäten dienen nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Allgemeinheit und ermöglichen den Zugang und die langfristige Erhaltung von Wissen. Open Access ist aber nur zielführend umsetzbar, wenn (wissenschaftliche) Werke auch tatsächlich frei zugänglich veröffentlicht werden können. In diesem Sinn hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) swissuniversities mit der Federführung für eine gesamtschweizerische Strategie Open Access beauftragt, mit dem Ziel Open Access umfassend zu fördern und Kostentransparenz bei den öffentlichen Ausgaben im Bereich des wissenschaftlichen Publizierens zu schaffen.

Wir unterstützen daher die Forderung der wissenschaftlichen Förderorganisationen, wie dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und den Akademien der Wissenschaften Schweiz, von swissuniversities, der einzelnen Universitäten und der Universitätsbibliotheken, nach einem unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht zugunsten der Urheber im Verlagsvertragsrecht gemäss folgendem Vorschlag:

*Art. 382 neu Abs. 4 OR:*

*Bei wissenschaftlichen Werken, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, kann der Verlagegeber nicht auf das Recht verzichten, das Werk unentgeltlich und öffentlich zugänglich zu machen, nachdem:*

*a. die Auflagen des Werkes gemäss Absatz 1 vergriffen sind oder*

*b. bei Beiträgen gemäss Absatz 3 drei Monate nach dem vollständigen Erscheinen des Beitrages verstrichen sind.*

Auf dieser Grundlage wäre es den einzelnen Autoren von wissenschaftlichen Werken möglich, ihre in einem Verlag veröffentlichten Werke nach Ablauf von 3 Monaten nach der Erstveröffentlichung in einem institutionellen Repository oder auf einer persönlichen Homepage öffentlich und kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Mit der vorgeschlagenen Bestimmung wird Rechtssicherheit geschaffen. Heute müssen die Mitarbeitenden der Bibliotheken, die ein Repository betreiben, für jeden einzelnen Artikel die Rechtslage abklären. Häufig ist zunächst gar nicht klar, ob überhaupt ein schriftlicher Vertrag mit dem Verlag existiert und/oder ob auch Allgemeine Geschäftsbedingungen gelten. Wenn ein Vertrag vorliegt, muss dieser im Hinblick auf die Zulässigkeit der Aufnahme eines Beitrages in ein Repository ausgelegt werden. Indem mit der vorgeschlagenen Ergänzung im Verlagsvertragsrecht festgehalten wird, dass das Recht zum unentgeltlichen Zugänglichma-

Irene Amstutz	Peter Merian-Weg 6	Tel. +41 (0)61 267 32 02
Leiterin	Postfach	irene.amstutz@unibas.ch
	CH-4002 Basel	www.wirtschaftsarchiv.ch

chen spätestens drei Monate nach Erscheinen wieder beim Autor liegt, wird diese Rechtsunsicherheit beseitigt

Um zu verhindern, dass diese Bestimmung über ein Ausweichen auf ausländisches Recht umgangen wird, schliessen wir uns dem Vorschlag der Universitäten für eine entsprechende Regelung im Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG) an.

### **Deutliche Verkürzung der urheberrechtlichen Schutzfrist**

➤ ***Wir fordern, dass die urheberrechtlichen Schutzfristen von heute 70 Jahren deutlich verkürzt werden.***

Es ist heute weder einsehbar noch zeitgemäss, dass mit der urheberrechtlichen Schutzfrist von 70 Jahren post mortem auctoris (p.m.a.) nicht nur der Urheber selber zu Lebzeiten, sondern auch noch bis zu drei ihm nachfolgende Generationen bezüglich seines Werkes urheberrechtlich geschützt und wirtschaftlich abgesichert werden sollen. Es sollte vermieden werden, dass zum Schutz wirtschaftlicher Interessen einiger weniger Rechtsnachfolger von tatsächlich profitablen Werken, der kulturelle Fundus mehrerer Generationen über Gebühr der freien Verwendung durch die Allgemeinheit vorenthalten wird. Andere Länder, beispielsweise Japan, Neuseeland und Kanada, kennen bereits heute eine kürzere Schutzfrist. Wir plädieren für eine deutlich weitergehende Schutzfristverkürzung, die den Urheber und eine ihm nachfolgende Generation schützt, also 20 Jahre p.m.a..

### **Art. 25 URG Zitatrecht**

➤ ***Wir fordern eine ausdrückliche Klarstellung, dass nicht nur Textwerke unter das Zitatrecht nach Art. 25 URG fallen, sondern auch Bildende Kunst, Fotografien, audio- und audiovisuelle Werke.***

Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Bundesrat im erläuternden Bericht bestätigt hat, dass das Katalogrecht nach Art. 26 URG unabhängig von der Form des Katalogs und dass das Zitatrecht nach dem geltenden Art. 25 URG auch für Bildende Kunst und Fotografien gilt. Die Aussage zum Zitatrecht wurde nach der Veröffentlichung des erläuternden Berichts stark kritisiert und in Frage gestellt. Wir streben daher eine endgültige Rechtsklarheit für die betroffenen Nutzerkreise an und fordern eine eindeutige Klarstellung durch die folgende Neufassung von Art. 25 URG:

*Art. 25 Abs. 1 URG Zitate*

*„Veröffentlichte Werke aller WerkGattungen dürfen zitiert werden, wenn das Zitat zur Erläuterung, als Hinweis oder zur Veranschaulichung dient und der Umfang des Zitats durch diesen Zweck gerechtfertigt ist.*

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und der Interessen der kulturellen Gedächtnisinstitutionen, der Wissenschaft und Forschung.  
Freundliche Grüsse



Irene Amstutz  
Leiterin Schweizerisches Wirtschaftsarchiv